

HUch!

Studis Raus!



Foto: limtmaschine auf flickr.com

LEITUNG STELLT MACHTFRAGE

Die Unileitung will die Verfasste Studierendenschaft vor die Türe setzen. Von dort aus kann sie ja Räume beantragen – Wenn sie sich an die neuen Spielregeln hält. **Seiten 3-4**

BILDUNGSSTREIK 2009

Im Juni wird gestreikt. Eine ganze Woche! Im Enthusiasmus der Vorbereitung bleiben schonmal grundsätzliche Überlegungen auf der Strecke. In der HUch! natürlich nicht: **Seiten 5-6**

RASSISMUS-AUSGABE

Reaktionen auf die HUch!-Sonderausgabe zu Rassismus: Zum Rassismus am Institut für Afrikawissenschaften: **Seiten 7-9**
Zum Verhältnis von Rassismus und Kapitalismus, sowie zum inflationären Gebrauch des Wortes ‚Holocaust‘: **Seiten 10-11**

editorial

Wenn man keine Ahnung hat, einfach mal die Fresse halten. Dieter Nuhr – obwohl kein Mathegenie – gewann den IQ Preis 2008. Motivationsformel: „Ich könnte es aber können, wenn ich könnte.“ Der allgemeine Konsens ist leider ein anderer: Wer kann der hat und wer hat der kann. Leider HABEN derzeit mehrheitlich die Personen Zugang zur Uni, die schon etwas „KÖNNEN“. Nicht dass wir grundsätzlich was gegen mehr finanzielle Mittel hätten, um Studienplätze zu sichern, aber fragen wir uns dennoch, wer sich denn da in die Stühle setzen und berieseln lassen soll. Dass nicht nur die was können, die den Zugang zur Uni haben, dürfte unmittelbar einleuchten. Dass meiner Fertigkeit Fahrräder zu reparieren, die ich mir mit Hilfe von Freund_innen und viel Übungsmaterial angeeignet habe, weniger Respekt entgegengebracht wird als den Analysen Foucaults, ist bedauerlich. Was ich habe und was ich kann, weiß nur ich. Genauer betrachtet kann also die Umsetzung der weisen Worte von Dieter Nu(h)r bedingt positiv betrachtet werden: Es wäre doch ein wenig ignorant, Menschen mit Mustern effizienzorientierter Wissensaneignung das Maul zu sperren. Über die Ebene der (selbst)reflektierenden Kritik hinaus, möchte die Redaktion ausdrücklich darauf hinweisen, sich mit mundtot machenden Strategien von Seiten der Universitätsleitung der HU auseinander zu setzen. Also: mal nicht die Fresse halten, bei der Verhinderung von Veranstaltungen durch eine vorzensierte Raumvergabe oder einem „Wie streike ich auf Deutsch“- Vertrag.

Was diese kryptischen Sätze schon wieder sollen, klärt sich hoffentlich auf den nächsten Seiten. Wir freuen uns ausserdem diverse Reaktionen auf die Rassismusausgabe präsentieren zu können. Die Bilderreihe im Heft zeigt – passend zur Comic-Rezension – die einstige ‚Weltstadt‘ Persepolis. Viel Spass damit! HUch!

inhalt

- 3 Studis Raus!**
die ‚Raumfrage‘ und ihre Implikationen
- 5 Kritik un/erwünscht?**
Gedanken zum Bildungstreik
- 7 Alles ist nicht für jede_n?**
Eine dreistimmige Replik
- 10 Erwidern zum Text von Amo books**
Kapitalismus, Rassismus und Begriffe
- 12 StudentInnenbewegung im Iran**
Ein geschichtlicher Überblick
- 14 Persepolis. Eine Stadt in Aufruhr**
Eine Rezension zum Comic
- 15 Kein Jesus von Winnenden**
Amokläufe und Gesellschaft

Ständische Vertretung

Die Humboldt-Universität will vermutlich mehrere 10.000 Bücher entsorgen. Grund ist die Zusammenlegung von mindestens 13 Bibliotheksstandorten in das neue Grimm-Zentrum. Da viele Titel in mehreren Zweigbibliotheken präsent sind, soll beim Umzug eine so genannte Dublettenreduzierung erfolgen. Das heißt, mehrfach vorhandene Exemplare werden aus Platzmangel entsorgt. Die Situation ähnelt der der FU Mitte 2008, als mindestens 130.000 Bücher durch die Zusammenlegung von Bibliotheken angeblich „überflüssig“ wurden. Tobias Roßmann, Referent für Lehre und Studium sagt: „Waren die Zustände an den Bibliotheken was die



Foto: Markus Pasterny

Ausstattung betrifft bisher schon unzumutbar, wird die Situation jetzt miserabel. Zur Prüfungszeit werden sich nun deutlich mehr Studierende um ein Buch streiten müssen, als das bisher der Fall war.“ Ein weiteres Problem ist die lange Schließungszeit der einzelnen Bibliotheken während der Zusammenlegung. Diese fällt mit bis zu fünf Monaten extrem lange aus. Außerdem betrifft dies den Hauptbearbeitungszeitraum für Modulabschlussprüfungen. Folglich müssen unzählige Studierende auf die Literaturrecherche verzichten. Wie die Prüfungen ohne eine funktionierende Bibliothek ablaufen sollen, darüber schweigt die HU bisher. Tobias Roßmann hierzu: „Es ist vollkommen unklar, wie Studierende im Sommersemester für ihre Prüfungen lernen sollen. Eine bestandene Modulabschlussprüfung ist aber meist Voraussetzung für das Belegen der Folgeveranstaltungen, so dass es zu Studienzeitverlängerungen kommen wird.“ Das Schlagen um Standardwerke und die Umverteilung der Beschaffungskosten von Büchern auf Studierende schmerzen dann gleich doppelt.

Reduziert werden sollte auch ein Pressegespräch mit internationalen Bildungsaktivist_innen: auf null. Es hätte am vergangenen Freitag, den 15. Mai, in Berlin Kreuzberg mit Beteiligung spanischer Studierender stattfinden sollen. Noch vor Beginn wurde der Treffpunkt in einem Café am Kottbusser Tor von rund 100 Beamt_innen der Polizei umstellt und das Gespräch verhindert. Bei dem Einsatz, dessen Sinn und Zweck die Polizei bislang nicht aufzuzeigen vermochte, gingen die Beamt_innen äußerst aggressiv vor. Einem anwesenden Journalisten wurde gedroht seine Kamera zu beschlagnahmen, als er das Geschehen dokumentieren wollte. Darüber hinaus wurde einem Studenten untersagt, telefonisch einen Anwalt zu verständigen. Ihre Dienstnummern herauszugeben waren die Beamt_innen (wie üblich) genausowenig bereit wie den die verantwortliche_n Einsatzleiter_in zu benennen. Etwa 20 Menschen wurden einzeln abgeführt, in Polizeifahrzeuge gebracht, durchsucht und ihre Personalien überprüft. Erst nach 90 Minuten konnten sie den Polizeigewahrsam wieder verlassen; alle erhielten Platzverweise. „Wir fordern Polizeipräsident Dieter Glietsch auf, umgehend den Vorfall aufzuklären und dienstrechtliche Konsequenzen gegen die Verantwortlichen einzuleiten“, kommentierte Andreas Köhn, stellvertretender ver.di Landesbezirksleiter und zuständig für die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg, das Geschehen. Dies ist nicht die erste Repression der Polizei gegen Menschen aus der Bildungsprotestorganisation, berichtet das Pressteam Bildungstreik 2009. So wurden Beamt_innen in zivil gesichtet, die eine studentische Vollversammlung in Berlin überwachten. Teilnehmer_innen an einer Demonstration gegen Studiengebühren in München erhielten Anzeigen wegen der Blockade einer Kreuzung und Polizist_innen beendeten ein studentisches Campusfest an der Uni Heidelberg.

Studis Raus!

Die HU-Leitung möchte die Raumvergabe an Studierende erschweren. Fragebögen, persönliche Haftung und Bezahlen des Wachschatzes stehen auf ihrer Wunschliste. Das kann die Studierendenschaft nicht hinnehmen, wenn sie sich als Teil der Universität und nicht als externe Kund_innenvertretung versteht. Von TOBIAS BECKER

Fast möchte man die neuesten Entwicklungen begrüßen. Führen sie doch selbst gutgläubigen Studierenden vor Augen, dass die Unileitung in ihnen keine gleichberechtigten Mitglieder der Universität sieht, sondern lediglich nicht vermeidbare Störfaktoren im universitären Betriebsablauf.

Bis dato war es für Organe der Verfassten Studierendenschaft (VS) (also StuPa, RefRat, Fachschaften, aber auch für StuPa-Listen und studentische Initiativen) eine Selbstverständlichkeit Räume an ihrer Universität zu nutzen, um Veranstaltungen durchzuführen – auch solche bei denen Menschen und Gruppen zu Wort kommen, die nicht der Uni angehören. Schließlich gehört es zu den ureigensten Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft, den politischen und gesellschaftlichen Austausch zu fördern.

Vor ein paar Wochen nun führte das Öffentlichkeitsreferat der HU, das für die Raumkoordination zuständig ist, ein neues Verfahren ein. Räume sollen Studierenden nicht mehr zustehen, sie sollen beantragt werden – mindestens einen Monat vor der gewünschten Veranstaltung. Dazu wurde ein Fragebogen für Antragssteller_innen erstellt, der detaillierte Angaben zu Art und Inhalt der gewünschten Veranstaltung abfragt. Darüber hinaus muss eine verantwortliche Person benannt werden, die für zeitgleich mit der Veranstaltung entstehende Schäden haftet (bemalte Toiletten werden hier gerne als Schaden bemüht). Findet die Veranstaltung außerhalb der regulären Öffnungszeiten statt, was beispielsweise bei Fachschaftspartys immer der Fall ist, sollen die Studierenden zukünftig die Kosten für den Wachschatz übernehmen, den die HU zu einem miserablen Stundenlohn beauftragt. Die eventuelle Zusage für den Raum soll es einige Wochen später geben – also wenige Tage vor der geplanten Veranstaltung. Eine angemessene Planung geschweige denn ein Bewerben von Veranstaltungen

wäre damit quasi unmöglich. In dieser Bearbeitungszeit möchte die Univerwaltung den Inhalt der Veranstaltung prüfen und „Gefahren für die HU“ eruieren. Im Zweifelsfall soll das Präsidium darüber befinden, ob eine Veranstaltung genehm ist.

Einen Kriterienkatalog, wann dies der Fall ist, gibt es natürlich nicht. Ein Blick an die TU verdeutlicht die Problematik: Dort hätte im April ein Kongress zum Thema Anarchismus stattfinden sollen. Obgleich dies lange abgesprochen war, verwies das Präsidium den Kongress der Uni – zwei Tage vor dessen Beginn und einen Tag nachdem die BZ auf ihrer Titelseite den an der TU beginnenden Weltuntergang prophezeit hatte.

Hier dürfte auch die eigentliche Motivation der Verschärfungen an der HU liegen: Veranstaltungen, deren politischen Tenor das Präsidium nicht teilt oder die auf Grund der Berichterstattung irgendetwelcher berliner Schmierblätter

potentiell eine ‚Gefahr‘ für das Ansehen der Universität darstellen, sollen frühzeitig verboten werden.

Nun stellt dieser Versuch der Unileitung insofern keine Ausnahme dar, als dass repressive Regelungen gegen Studierende quasi täglich und häufig unbemerkt eingeführt werden. Die am 12.5. von der professoralen Mehrheit gegen die Bedenken der Studierenden und der Kommission für Lehre und Studium im akademischen Senat durchgedrückte Neuerung der allgemeinen Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten sei hier nur exemplarisch genannt.

Von Mitbestimmung...

Das besondere an der ‚Raumfrage‘ ist, dass sie besonders offenkundig nicht nur die VS in der Ausübung ihrer Aufgaben einschränkt, sondern in der Art der Argumentation die VS als solche und eigentlich das ganze Modell Universität in Frage stellt.

Wie das? Das deutsche Modell der Universitäten hat seit Humboldt das Ideal der Einheit von Lehre und Forschung. Studierende eignen sich durch die Teilnahme an Forschung die jeweiligen Methoden an und lernen sie kritisch zu reflektieren. Die gewonnenen Erkenntnisse können so direkt in das Forschungsprojekt zurückfließen oder es können eigene – bessere – Methoden entwickelt werden. So profitieren Lehre und Forschung direkt voneinander und ihre jeweilige kritische Reflektion steht im Mittelpunkt des universitären Alltags. Lehre und Forschung sind in diesem Modell nicht voneinander trennbar und Studierende originärer, gleichberechtigter Teil der Universität. Folglich böte sich eine demokratische Organisation der Universität an. Abgesehen davon, dass dieses Ideal nie konsequent umgesetzt war, haben sich die deutschen Universitäten immer weiter davon entfernt.

Auch die letzte größere Bewegung hin zu mehr Demokratie an deutschen Universitäten in den 1960ern und 1970ern konnte die professorale Mehrheit in nahezu allen Gremien der universitären Selbstverwaltung nicht ankratzen.

Insbesondere seit kritisch denkende Wissenschaftler_innen kaum noch nachgefragt werden und die ökonomischen Bedingungen flexible und disziplinierte Arbeitnehmer_innen verlangen, ging es nur noch weiter bergab bis zur gegenwärtigen Umwandlung der Universität zu einem Ausbildungsunternehmen mit den Angeboten BA und MA, die sich an brav konsumierende und bezahlende Kund_innen richten.

Ebendiese Trennung von Uni und Studierenden setzt die Unileitung voraus, wenn sie argumentiert, die

Der VS wird mal eben der zumindest formal bestehende Status als Teil(körperschaft) der Universität abgesprochen.



Foto: yo ungrobbv auf flickr.com

Studierenden hätten in der Vergangenheit das Vertrauen der Universität missbraucht und daher müsse sie sich gegen die Studierenden mit den erwähnten Fragebögen absichern.¹ Der VS wird dabei mal eben der zumindest formal noch bestehende Status als Teil (Körperschaft) der Universität abgesprochen. Die Studierenden werden damit aus der Universität hinausdefiniert. Übrigens im Gegensatz zu anderen Statusgruppen. Zumindest vorerst noch mutet die Vorstellung absurd an, dass Professor_innen Räume an der Universität beantragen und dann persönlich haftbar sind, wenn Studierende während der Vorlesung eine Klowand verschönern oder dass sie bei einem Blockseminar am Wochenende den Wachschatz bezahlen. Auch eine Prüfung des Inhalts von Lehrveranstaltungen auf ihre Vereinbarkeit mit den politischen Ideen des Präsidiums würde doch (hoffentlich) einen Aufschrei ob der Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit nach sich ziehen.

... zu Autoritätshörigkeit

Die Studierenden dagegen reagierten anfangs erschreckend apathisch auf diese Angriffe: Die neuen Formalia wurden bereitwillig erfüllt. Bei näherer Betrachtung verwundet das aber nicht wirklich. In Zeiten von BA und Anwesenheitslisten gehört Autoritätshörigkeit wohl zu den elementaren Tugenden auf dem Weg zum Uniabschluss – nicht die beste Voraussetzung für die bevorstehende Auseinandersetzung. Zur Debatte steht immerhin, was Studierende an dieser und für diese Universität sind.

Wird diese Frage im Sinne des Präsidiums beantwortet, steht auch der Ausgang vieler zukünftiger Auseinandersetzungen fest. Wenn Studierende nicht mehr Teil dieser Universität, sondern nur ihre Kund_innen sind, muss die Raumnutzung durch Studierende dem Ausbildungsunternehmen Universität als zusätzliche Kosten und Risiken erscheinen und sollte folgerichtig vermieden werden. An dieser Schlussfolgerung könnte auch keine Streikwoche etwas ändern.

Die einzig mögliche Argumentation muss also lauten, dass Studierende gar nicht das Vertrauen der Universität missbrauchen können, weil sie die Universität sind. Deshalb stehen Studierenden Räume zu. Auch das Scheinargument der zusätzlichen Kosten außerhalb der Öffnungszeiten, fällt dann in sich zusammen. Die Öffnungszeiten der Universität müssen sinnvollerweise dem Bedarf der Universitätsangehörigen angepasst werden und wenn sie für eine Fachschaftsparty nachts offen haben muss, so what?! (Meinetwegen könnte sie stattdessen morgens erst um 12 aufmachen.)

Auf dieser argumentativen Grundlage besteht die Chance, eine Rest-Handlungsfähigkeit der Verfassten Studierendenschaft zu erhalten. Dabei bietet sich die Unileitung als Gesprächspartnerin nicht gerade an, da eben kein gemeinsames Interesse an der Gestaltung des universitären Ablaufes gegeben ist. Eher gilt es, ihr gegenüber die eigene Position aufzuzeigen und zu verteidigen.

Der RefRat hat in der vergangenen Woche bereits beschlossen, zukünftig weder den Fragebogen auszufüllen, noch Geld für Räume an der eigenen Uni zu bezahlen. Und auch das StuPa hat in einem Beschluss den Status der VS nocheinmal bekräftigt und darauf hingewiesen, dass sie einen Anspruch auf Raumnutzung hat. Es bleibt zu hoffen, dass Fachschaften und Initiativen die Problematik erkennen und ebenfalls nicht jeden Mist mitmachen, den sich die Verwaltung ausdenkt.

Bislang wurde noch keine Raumzusage auf Grundlage der neuen Regelung verweigert. Ein Überschreiten dieser Grenze würde auch das Handeln innerhalb der gegebenen universitären Strukturen ad absurdum führen. Ein kooperativer Kuschkurs, wie er in den letzten Jahren von Seiten der VS häufig praktiziert wurde, wäre dann gänzlich unangebracht. Vielmehr stellte sich die Frage: Wozu brauchen wir die Einwilligung für die Nutzung von Räumen an unserer Universität von einer Universität, die offensichtlich nicht die unsere ist?

¹ Mit diesem Verweis auf angeblich während Fachschaftspartys entstandene „Schäden“ begründete die Öffentlichkeitsabteilung der HU den Fragebogen.

Kritik un/erwünscht?

Über Politiken an der HUB in unruhigen Zeiten.

Von KATY VOM HOCHSCHULPOLITISCHEN REFERAT DES REFRATS

Die HUB im Jahre 2009: Eine Hand voll „Erlesener“, die gegenwärtig an der HUB studieren (dürfen/können), quälen sich ergeben und aufopferungsvoll durch jegliche Schikanen und Disziplinierungsmechanismen in den neuen und alten Studiengängen. Professor_innen erfreuen sich neben ihren zahlreichen, fast exzellenten Forschungsseminaren auch an der hohen Nachfrage ihrer Vorlesungen und Seminare – trotz sinkender Gesamtanzahl der Studierenden. Der schwindende Mittelbau passt sich beinahe stromlinienförmig den neuen Karrierewegen an. Sonstige Mitarbeiter_innen oder Angestellte wählen trotz schlechter Arbeitsbedingungen statt der Entlassung lieber Gehaltskürzungen bzw. „prekäre Löhne“. Von welchen unruhigen Zeiten soll also hier die Rede sein? Alles funktioniert doch in bester Ordnung: Es wird für den (freien) Wettbewerb und den Standort Berlin trainiert, selektiert sowie ausgebeutet. Koste es, was es wolle.

Ist die (selbst-)reflektierende und kritische Auseinandersetzung mit Wissen(schaft), Politik und der eigenen Position(ierung) in gesellschaftlichen Machtverhältnissen momentan einfach nur mal wieder „out“ oder ist sie gar überflüssig geworden? Ich denke: Nein. Deshalb werde ich mich im Folgenden aus einer emanzipatorischen/kritischen Perspektive mit den derzeitigen (Bildungs-/Streik-)Politiken an der HUB beschäftigen.

Streiken auf deutsch

Vor diesem Hintergrund ist es nicht sonderlich verwunderlich, dass sich eine vorausschauend planende Universität Gedanken macht, wie sie mit möglichen „nicht parierenden“ Studierenden umgehen will, die es sich beispielsweise leisten wollen, unter dem Label des „Bundesweiten Bildungstreiks 2009“ in Wahlkampfzeiten zu protestieren. Um das Image der HU als eventuell zukünftige deutsche Eliteuniversität nicht zu gefährden, sollte die Verfasste Studierendenschaft vorab einen Vertrag unterzeichnen, in welchem den Studierenden die Rahmenbedingungen (Regeln) des Streiks diktiert werden: So würden Gebäudebesetzungen nur geduldet werden, wenn sie den laufenden (Forschungs-)Betrieb nicht gefährden, Streikende keinen Müll hinterlassen und in besetzten Gebäuden nicht übernachten. Als besonders wichtig erachtet wird seit geraumer Zeit, dass (politisch engagierte) Studierende immer mit vorauseilenden Gehorsam – der ja unter anderem bereits durch Anwesenheitslisten erfolgreich kollektiv eingeübt worden ist – Kontaktpersonen mit Adresse, Handynummer (und Bankverbindung) melden. Das „selbstgesteuerte Individuum“ haftet für potenzielle „Schäden“ selbstverständlich eigenverantwortlich. KEin wirklich durchdachtes Konzept.

Dabei wäre es bei den derzeitigen Hochschulvertragsverhandlungen für die Hochschulpräsidenten sicherlich

hilfreich, wenn sie die sonst eher als Störfaktor empfundenen Studierenden für ihre „Maximal-Forderungen“ (hierbei steht momentan vor allem die Zusicherung von 175 Millionen Euro zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs im Vordergrund) instrumentalisieren könnten. Gerade in Krisenzeiten ist bekanntlich der Hang zu Solidarität erhöht, sodass – zumindest medial – das Bild eines gemeinschaftlichen Interesses leicht als politisches Druckmittel erzeugt werden könnte. Das Motto bei den verhandelnden Hochschulen lautete in den letzten Monaten eher: Abwarten und Tee trinken. Denn einige Hochschulpräsidenten möchten sich – frei nach dem selbstgewählten Wahlspruch des Humboldt’schen Selbstverständnisses als „moderne Originale“ auch im 21. Jahrhundert – von der Politik nicht den Kurs vorschreiben lassen.

Das Problem ist bisher nur, dass sich sowohl die einzelnen Statusgruppen der Universität als auch die sogenannte Öffentlichkeit nicht sonderlich dafür interessieren, ob es weiterhin Verträge zwischen dem Land Berlin und den Universitäten geben wird oder ob diese sich beispielsweise über Stiftungen oder andere Modelle (selbst-) finanzieren werden müssen. Bei scheiternden Verhandlungen drohen die Universitätspräsidenten mittlerweile mit einem Aufnahmestopp von Studierenden. Fatal nicht nur angesichts der doppelten Abiturjahrgänge. Etwas leiser wird mit einem Berufungsstopp von Profen gedroht. Um aber aus strategischem Taktgefühl das allseitige Schweigen nicht zu brechen, berichten die akademischen Leitungsinstanzen äußerst ungerne darüber, nach welchen Kriterien die anliegenden Kürzungen vorgenommen werden. Es ist anzunehmen, dass die Kürzungen „subjektiv“, aber sicherlich nicht zufällig und in demokratischen Abstimmungsprozessen passieren. Transparente und demokratische Abstimmungsprozesse, in denen alle Statusgruppen nahezu gleichberechtigt sind, gehören bekanntlich nicht unbedingt zur Tradition (deutscher) Universitäten.

Nun bedeuten auch gelingende Vertragsverhandlungen nicht unbedingt, dass es zu keinen grundlegenden Kürzungen oder prinzipiell sozialunverträglichen Umstrukturierungen kommt. So ist in einer Eckpunktevereinbarung zwischen HU, FU, TU und dem Senat seit 2008 vorgesehen, ein „Vermieter_innen-Mieter_innen-Modell“ in den Hochschulen einzuführen, mit welchem eine effiziente – will heißen kostensparende sowie gewinnbringende – Raumplanung ermöglicht werden soll: Den einzelnen Fakultäten und Instituten sowie dem RefRat wird – den Zöllner’schen Studienkonten und anderen Finanzierungsmodellen im Prinzip ähnlich – ein gewisses Raumkontingent zugesagt. Darüber, wie diese Raumkosten genau berechnet werden, wie hoch diese ausfallen und welche Konsequenzen diese implizieren, wird derzeit höchstens spekuliert. Dies wird aber wie die Zentralisierung von Bibliotheken als geringeres Übel verkauft. Ebenso wird derzeit von der Universitätsverwaltung versucht, die Rechte der Verfassten Studierendenschaft (VS) gravierend einzuschränken wie



Foto: youngrobby auf flickr.com

Tobias Becker in seinem Artikel am Beispiel der neuen Raumpolitik erläutert: Die Studierenden haben bisher als Teilkörperschaft gewisse Rechte zu denen beispielsweise u.a. die Nutzung von universitären Räumen gehört. Mit der Unterzeichnung von Nutzungsverträgen würden diese entscheidend eingeschränkt werden. Gleichzeitig sollen der Refrat, StupaListen, Fachschaften/Fachschaftsinitiativen und Initiativen der VS Kosten (aber prekäre Löhne) für den Wachschatz oder Reinigungspersonal übernehmen, sobald Veranstaltungen außerhalb der universitären Öffnungszeiten stattfinden. Hier würde das Motto in Anlehnung an den Titel der hiesigen Ausgabe passend lauten: Studierende raus, Kund_innen rein.

Wider den herrschenden Normalzustand – Dekonstruktion der herrschenden Politiken an der Hochschule

Erstaunlich, dass es mir bis hier gelungen ist, mich mit Bildungs/Streik-Politiken an der HUB zwar zu beschäftigen und dennoch auf eine gewisse Weise die recht nahe liegende Frage, aus welchen Gründen sich Studierende sowie Nicht-Studierende den derzeitigen Bildungs-Politiken verweigern könnten/müssten, zu umgehen. Ich kann und will hier keine Anleitung zum Streik geben.

Mein Interesse gilt vielmehr dem, was derzeit in den Bildungs/Streik-Politiken unter „Bildung/Wissen“ explizit und implizit verstanden/verhandelt wird. Als sogenannte Bildungsinstitution befindet sich die Universität in einem komplexen gesellschaftlichen Machtverhältnis, d.h. die Wissens-Re/Produktion sowie die Zugangsregelung findet nicht in einem machtfreien/unpolitischen Raum statt. Politik wird nicht nur in den Gremien der

akademischen Selbstverwaltung gemacht und Wissen nicht nur in den Büchern der Profs re/produziert bzw. transportiert, sondern findet in allen gesellschaftlichen/sozialen Bereichen statt. Die Frage ist also nicht nur, wie die Hochschul- bzw. Bildungsfinanzierung geregelt wird, sondern wer überhaupt Zugang zu den unterschiedlichen Hoch-Schulen bekommt und wer davon ausgeschlossen wird. Damit zusammen hängt in gewisser Weise die Frage, wer über wen Wissen re/produzieren darf/kann; sowie wer welche Forderungen an wen stellt bzw. wer versucht wen zu instrumentalisieren oder zu vereinnahmen/auszuschließen.

Hierfür macht es Sinn, die Wissens-Re/Produktion sowie die Praxis der Bildungsinstitutionen in Zusammenhang mit bildungspolitischen Postulaten zu hinterfragen, d.h. sich als streikende/widerständige, selbst-denkende Menschen kritisch mit Bildungsinhalten auseinander zu setzen und Kommunikationsnetzwerke aufzubauen. Die bisherigen Forderungen im Rahmen des „bundesweiten Bildungsstreik-Bündnisses“ greifen meines Erachtens zu kurz. Sie sind – unter anderem auch, um möglichst Massenkompatibel zu sein – in vorbildlicher Krisenmanier und Wahlkampfstimmung vorrangig an die Politik gerichtet. Auf diese Weise werden Forderungen nach alternativen Bildungsideen, die eine gesamtgesellschaftliche Reflexion erfordern, marginalisiert/unsichtbar. Um die hegemoniale Wissensaneignung beziehungsweise die Re/Produktion von Herrschaftswissen nicht zwangsläufig fortzuschreiben, sollten sich alle am Bildungsstreik Beteiligten unter anderem auch mit dem strukturellen Rassismus sowie (Hetero-)Sexismus kritisch beschäftigen. Dies erfordert die Bereitschaft von Privilegierten, sich auch mit der eigenen partei/un/politischen Position und den gesellschaftlichen Machtverhältnissen (selbst-)reflektierend zu konfrontieren. Ein für alle selbstbestimmteres Lernen und Leben erfordert eine andere Dynamik und Organisation als ein kurzlebiger Bildungsstreik-Event, zu welchem sich „alle“ in einem mehr oder weniger einheitlichen solidarischen „Streik-Wir“ fünf Tage für eine bessere Welt einsetzen.

Alles ist nicht für jede_n?

In der HUCH! SONDERAUSGABE "RASSISMUS" (Winter 08/09) erschien der Artikel "Alles ist nicht für jede_n" von Julia-Caroline Brilling, der Rassismus am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin anprangert. Eine dreistimmige Replik von FRAUKE WIEGAND, MARCELA KNAPP, BENJAMIN STEINITZ, PAUL MERLE

Die folgenden kurzen Beiträge sind das Resultat einer Auseinandersetzung von vier Studierenden des besagten Instituts mit Brillings Artikel. Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung war gewissermaßen das geteilte Unbehagen mit Äußerungen in jenem Artikel. Im Zuge unserer Diskussionen über die Gestaltung einer möglichen Replik wurde dann jedoch klar, dass wir in Bezug auf den Stil und die inhaltliche Gewichtung unterschiedlicher Meinung waren und uns nicht auf eine gemeinsame Form einigen konnten. Daher entschieden wir uns kurzfristig gegen einen gemeinsam geschriebenen Text und für die vorliegende Form. Diese ermöglicht uns, die unterschiedlichen Positionen deutlich zu machen, wie auch die Schwerpunkte in der Kritik, die jede_r unterschiedlich gesetzt hat.

Alles ist nicht für jede_n" beschreibt sehr plastisch die Aktualität und Hartnäckigkeit des strukturellen, etablierten Rassismus am regionalwissenschaftlichen Seminar für Afrikawissenschaften, eine Situation, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf andere Differenzdisziplinen wie Ethnologie und Anthropologie übertragen lässt. Bewusst appelliert die Autorin an die Mehrheit der *weißen*¹ Lehrenden und Studierenden und fordert von diesen eine Reflexion der eigenen Position/en oder einfach mal: ein Zurücktreten. Zu Recht! Denn viele ignorieren rassistische Strukturen und Formen der Kritik hieran.

Auf leider (!) sehr polemische und polarisierende Weise führt Julia Caroline Brilling ihren Leser/innen die *weißen* Legitimationsstrategien vor Augen, die hier am Werk sind. Die Absolutheit und Zynik des Artikels ist manchmal nötig und *ein* Weg (der zudem schon oft gegangen wurde), um Menschen, die immer noch nicht verstanden haben, dass in der Lehre der Regionalwissenschaften etwas falsch läuft, bis zu einem gewissen Grad „aufzurütteln“, zu irritieren, wütend zu machen oder zu lautem (Gegen-)Protest zu animieren – damit überhaupt mal drüber geredet wird.

Das Erscheinen von Brillings Artikel hat dies auch getan – zumindest was das Seminar für Afrikawissenschaften

angeht. Dadurch wurden aber unseres Erachtens keine „Unwissenden aufgeklärt“, sondern vielmehr bereits existierende Strukturen animiert und motiviert. Nicht alle Anderen haben jedoch zuvor geschlafen. Es ist weder korrekt, noch fruchtbar zu behaupten, dass in den letzten Jahren niemand den Mund aufgemacht und seinem Unbehagen über Lehrformen und -inhalte Ausdruck verliehen hätte. Dies ist nicht nur punktuell und abgekapselt – wie der Artikel berichtet – in Seminaren geschehen,

sondern auch in öffentlichen Aktionen wie studentisch organisierten, interdisziplinären Workshops oder in der Organisation der Studierenden in Initiativen und Vereinen, die auf rassistische Strukturen auf allen Ebenen der Wissenschaft aufmerksam machen, wie beispielsweise *pa|kt - Perspektive Anti|Koloniale Gegenwart*. Auch die Publikation „Afrika und die deutsche Sprache“ ist aus dem Seminar für Afrikawissenschaften entstanden. Diese oppositionellen Stimmen mögen sicherlich nicht auf institutioneller Ebene gehört werden, doch sie sind vorhanden. Und es werden mehr.

Nun ist die vorliegende Replik eine Gratwanderung, da wir die wichtigen Kritikpunkte in Brillings Plädoyer keinesfalls abschwächen wollen und – genau wie die Autorin – ganz klar koloniale und rassistische Kontinuitäten sehen, die aktiv und hartnäckig weiter getragen werden.

Wir fürchten vielmehr, dass die Undifferenziertheit des Artikels Jenen eine neue Argumentationsgrundlage und Profilierungsbühne bietet, die eben jene kritisierten fragwürdigen „wissenschaftlichen“ Methoden und Alterisierungsstrategien der Differenzdisziplinen unhin- terfragt fortführen.

Besonders problematisch erscheint uns an dem Artikel Brillings, dass die Autorin selber die eigene Bühne und den damit verbundenen Profit unterschätzt. Einerseits kritisiert sie den Expert/innenstatus, den sich *weiße* Wissenschaftler/innen zugestehen, wenn sie sich mit Kritischer Weißseinsforschung auseinandersetzen, doch letztlich positioniert auch Brilling sich als Expertin. Während dieses Wissen Schwarzen Menschen und POC als Wissen zugestanden wird, das unter ‚persönlicher Voreingenommenheit‘ läuft, dient es *weißen* Menschen als Zusatzqualifikation, durch die sie sich als besonders ‚kritisch‘ und aufgeklärt positionieren können und daraus auch durchaus persönlichen und beruflichen Profit schlagen können. Es besteht die Gefahr, dass auch die Autorin jenen wieder das Podium stiehlt, die es selber für sich erst gebaut haben. Die Autorin erscheint in

ihrem Artikel als ‚fertig reflektierte‘ Person, doch die Kritische Weißseinsforschung sieht nicht vor, dass die

mit dem eigenen Weißsein verbundenen Positionen und vor allem Vorteile irgendwann durch Selbstreflexion und das Tadeln anderer Weißer aufhören. Vielmehr müssen die vielen existenten kritischen (*weißen*) Stimmen miteinander in einen pluralistischen Dialog treten und diesen nicht von vornherein für andere verschließen. Auch innerhalb des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften.

Frauke und Marcela

¹ Im gesamten Heft soll die Kursiv- bzw. Großschreibung von *weiß* und Schwarz darauf hinweisen, dass es sich um (wirkmächtige) konstruierte politische Kategorien handelt.



Im Artikel „Alles ist nicht für jede_n“ stellt die Kritische Weißseinsforschung den theoretischen Bezugsrahmen für einen Beitrag dar, welcher die Zustände an dem von fast ausschließlich *weißen* Studierenden und Lehrenden besuchten Institut für Asien- und Afrikawissenschaften (IAAW) an der Humboldt Universität kritisiert und gleichzeitig einen weiteren Austausch über diese extrem erschwert. Das ist schade, weil eine vom IAAW selbst getragene Auseinandersetzung tatsächlich dringend notwendig ist und nicht ohne die Ansätze der Kritischen Weißseinsforschung stattfinden sollte.

Die Autorin Julia Brillung, mit der ich vor knapp fünf Jahren angefangen habe an diesem Institut zu studieren, begreift *Weißsein* und Schwarzsein als Merkmale homogener gedachter Gruppen, von denen bestimmte Handlungen und Denkweisen (nicht) erwartet werden können. Aussagen wie „[...] [A]lle Weißen sind Rassist:innen, [...]“ und „Everything ain't for everybody[...]“ dokumentieren die absoluten Positionen, welche an keiner Stelle darauf hinweisen, dass Julia an eine Veränderung glaubt. So kritisiert die scheinbar unter ihrem eigenen *Weißsein* leidende Autorin den Umstand, dass Seminare zum Thema Kritischer Weißseinsforschung von Weißen angeboten werden, oder dass auch am IAAW mal Schwarze Autor_innen Gegenstand des Seminars sind. Hier, so die Autorin, eigneten sich Weiße Schwarze Wissensbestände an! Da also Weißen aus ihrer nicht veränderbaren Subjektconstitution heraus die notwendige Erarbeitung kritischer Meinungen und Standpunkte, mit denen sie in der Lage wären, ehrlich gegen Rassismus vorzugehen, versagt bleibt, wird sich an den *weiß*-dominierten Seminaren auch nichts ändern, es sei denn sie sterben aus.

Herrschaftsverhältnisse produzieren unterschiedliche – also privilegierte, den gesellschaftlichen Normen entsprechende und benachteiligte, gewaltvoll als Abweichung von der Norm hergestellte – Positionen. Die daraus resultierenden Lebensrealitäten müssen sich aber im Kontext wissenschaftlicher Auseinandersetzungen an den Maßstäben eines festgelegten Methodenapparats und Wissensarchivs orientieren, welche in der Regel denen der *weißen*, männlichen und heterosexuellen Normen entsprechen. Wissenschaften werden dem zum Trotz gerne als Bereiche dargestellt, welche losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen existieren und in der Lage seien neutrales, objektives Wissen zu produzieren. Das Gegenteil ist der Fall. Der formale Charakter

universitärer Strukturen ist besonders gut geeignet, um individuelle Macht zu sichern und zu verschleiern. Gerade in Deutschland, hier an Berliner Universitäten, existieren rassistische Einstellungen und Strukturen, die zur Benachteiligung oder zum Ausschluss von nicht-*weißen* Lehrenden und Studierenden von Orten der Wissensproduktion führen. So werden Schwarze Wissenschaftler_innen mit dem Argument persönlicher Betroffenheit oder irrationaler Subjektivität in der direkten akademischen Auseinandersetzung delegitimiert. Auf der anderen Seite werden Vorschläge, wie Weiße mit ihrer privilegierten Subjektconstitution umgehen könnten, nicht berücksichtigt. Dass jede wissenschaftliche Beschäftigung partielles Wissen schafft oder reproduziert, ist ein nicht veränderbarer Umstand. Die Sichtbarmachung davon, die kontinuierliche Beschäftigung mit dem eigenen *Weißsein*, z.B. die Frage, in welchem Verhältnis Forschungs- oder Lehrinhalt zu dem eigenen *Weißsein* stehen und die Anerkennung ‚Anderer‘, marginalisierter partieller Wissensbestände wären hingegen durchaus mögliche Schritte. Dass dies aus Bequemlichkeit oder Angst vor einem möglichen Machtverlust am IAAW selten passiert, ist bedauerlich, es aber – wie in dem Artikel „Alles ist nicht für jede_n“ – gar nicht zu erwähnen, ist wenig hilfreich, da so der Eindruck entsteht, es gäbe

Wie und warum und nicht ob *weiße* Dozent_innen ein Seminar zum Thema Migration anbieten, sollte diskutiert werden.

keine andere Handlungsoption, als sich vom Studium oder der Lehre gänzlich zurück zu ziehen. *Wie* und *warum* und nicht *ob weiße* Dozent_innen ein Seminar zum Thema Migration anbieten, sollte diskutiert werden. Wie können Dozent_innen von Beginn an eine Diskussion mit den Studierenden darüber führen, wie über dieses Thema gesprochen werden sollte, ohne selbst diskriminierendes und ausgrenzendes Wissen zu (re)produzieren. *Wie* können *weiße* Studierende in einem solchen Seminar dazu angeregt werden, sich ihrer eigenen Nicht-Betroffenheit und den daraus resultierenden Privilegien bewusst zu werden, *wie* können sie darüber hinaus befähigt werden, eine adäquate Auseinandersetzung zu führen, welche sie selbst in eine Beziehung zum Thema setzt? Die verschwindend geringe Anzahl nicht-*weißer* Dozent_innen am IAAW und anderswo sollte ebenso ständig hinterfragt und die Zugangsmöglichkeiten für diese verbessert werden. Wenn sich Lehrende und Studierende ernsthaft und fortwährend mit ihrem *Weißsein* beschäftigen und konsequent darauf geachtet wird, dass rassistisches Wissen reflektiert und dessen (Re)Produktion vermieden wird, sollte Alles für alle sein.

Benjamin

Was sagt uns die Autorin über ihr Verständnis von Kultur und warum will ich ihr hier vehement widersprechen? Sie sagt eigentlich sehr wenig, dieses dafür umso nachdrücklicher. Zu allererst seien Kulturen "autonom" und als solche zu bewahren. Die Bedrohung und "Zerstörung" dieser Kulturen sei die Folge eines „Kultur-Imperialismus“. Dieser "penetrierte" auf "imperialistische Weise" zum Beispiel den "autonomen" "Schwarzen Raum" einer "dekolonisierten, kulturellen und politischen Schwarzen Bewegung" wie dem Rastafarianismus, wenn Weiße – als sichtbare Zeichens ihres Rassismus – verfilzte Haare auf ihrem Kopf trügen. Laut ihrer Logik dürften „kulturelle Erzeugnisse“ wie verfilzte Haare, die in einem bestimmten "kulturellen Raum" Bedeutung erlangen, außerhalb dieses keine Verwendung finden. Wenn nun weiße Menschen ihre Haare verfilzen lassen, ist dies für die Autorin Beweis der Grenzenlosigkeit eines Weißseins, welches sich letztlich gewaltvoll die letzten Nischen widerständischer Kultur einverleibe, weiß mache, kolonisiere.

Ich denke, dass es sehr wenig Sinn macht, heutzutage von Imperialismus und Kolonialismus zu sprechen und diese Begriffe bis ins Unendliche zu dehnen bis sie alles meinen können, in erster Linie einfach nur Weltmarkt und nationalstaatliche Konkurrenz. Der Unterschied ist immens! Wo sind

Die Autorin hat eine kulturrelativistische und ethnopluralistische Vorstellung von unwandelbaren und abgeschlossenen kulturellen Räumen.

die Armeen, die Menschen dazu zwingen, ein Basecap oder ein Piercing zu tragen? Muss man wirklich fragen, wem diese Erzeugnisse gehören? Ist so eine Frage nach ‚Kulturbesitz‘ zu beantworten?

Kann es vielleicht sein, dass die Rasta-Bewegung durch ihre Musik Werte transportierte, die weltweit Bedeutungen fanden? Warum muss man diese Bewegung auf die soziale Position *race* ihrer ursprünglichen Protagonisten reduzieren? Was denkt sich die Autorin, hatten Reggae-Musiker_innen ausschließlich für die Menschen auf ihrer Insel produziert und sich geärgert, dass die Musik sich wunderbar auf der ganzen Welt verkaufte? Wurden sie unter Gewaltandrohung gezwungen, Konzerte in London, Tokio, Brazzaville, New York oder Berlin zu geben? Haben sich die Musiker_innen geschämt, dass sie Geld verdienen, mit dem sich individuelle und kollektive Chancen auf Selbstverwirklichung ergeben? Ich rate der Autorin, sich an einigen Stellen eigene Gedanken zu sparen und stattdessen die Menschen nach dem, was sie wollen, zu befragen! Oder einfach mal nicht über existierende und lebhaftige Debatten um komplexe Fragestellungen so konsequent hinwegzusehen. Ihre kulturrelativistische und ethnopluralistische Vorstellung von unwandelbaren und abgeschlossenen kulturellen Räumen, die es angeblich gegen das Imperium zu verteidigen gilt, finde ich schlimm. Als Kulturbewahrer_in läuft man schnell Gefahr, Vielfalt erzwingen zu wollen. Die Autorin halluziniert sich geschlossene Kollektive, die sie in einer Andersartigkeit, aus der die Menschen selbst vielleicht entkommen möchten, gefangen halten

will. Ich argumentiere hier mit dem Philosophen Kwame Anthony Appiah, welcher meint, dass es keinen vertretbaren Weg gibt, eigentümliche Gemeinschaften zu erhalten, die ohne die freiwillige Loyalität ihrer Mitglieder nicht überleben werden.

Ich wende mich gegen die Idee einer kulturellen Reinheit, wie sie den Aussagen der Autorin zugrunde liegt, weil sie ein Widerspruch an sich ist. Sie ist zutiefst essentialisierend und homogenisierend. Welche Kultur ist rein und frei von ‚äußeren‘ Einflüssen? Ich denke: keine! Und ich meine auch nicht, dass die Umsetzung einer solchen Idee erstrebenswert wäre. Wenn Reinheit ihr Maßstab ist, kann ich nur Verunreinigung fordern. Du magst dir selbst Kritik an bestimmten Punkten verbieten, deine Rolle im Dialog, im Aufeinandertreffen mit einem Schwarzen Menschen auf das Zuhören und "Wahrnehmen" beschränken. Warum? Hast du gar nichts zu sagen? Vielleicht doch, nur bleibt es ungesagt, weil du weiß bist und "alle Weißen (ja) Rassisten sind", sobald sie den Mund aufmachen. Vielleicht ist dein_e Gesprächspartner_in aber interessiert an deinen persönlichen Einschätzungen zu irgendetwas. Aber nein, für dich kann dein Gegenüber ja allein Opfer rassistischer Verhältnisse sein. Begreifst du, dass du mit einer solchen Einstellung sowohl dein Gegenüber entmündigst und in seiner sozia-

len Position auf ewig festschreibst, als auch dich selbst verleugnest? Verbietest du dir jegliches Einmischen? Das

ist schade, denn dann kannst du innerhalb der von dir als kulturellen Einheiten gedachten Gesellschaften keine dissidenten oder emanzipativen Stimmen erkennen und dich solidarisieren. Kultur ist Kultur ist Kultur...

Und wenn die Ausführungen der Autorin weitergedacht werden, ist Kultur noch viel mehr:

Die Autorin weist an einer kurzen Stelle darauf hin, dass Rassismus sozial konstruiert, also menschengemacht ist und eine alltägliche Realität für viele darstellt. Es wird wenige geben, die diesen Fakt bestreiten würden. Was mich irritiert ist, dass von der Autorin die Möglichkeit auf ewig ausgeschlossen wird, dass Menschen eine gemachte Realität auch wieder verändern, sozial (de)konstruieren können. Ich sage damit nicht, dass Rassismus kurz davor steht, keine Wirkmächtigkeit mehr zu haben, noch dass seine Dekonstruktion von heute auf morgen geschehen wird. Es ist ein kontingenter Prozess mit Bruchstellen und Rückschlägen, dessen Ausgang im Jetzt und Hier offen ist. Die Ausführungen der Autorin markieren für mich einen solchen Rückschlag. Denn wenn man Rassismus seines gesellschaftlichen Charakters enthebt, birgt dies die Gefahr, rassistischen Kategorien damit wieder einen quasi-natürlichen Charakter zu verleihen. Das genau passiert, wenn *race* zum einzig determinierenden Moment der Persönlichkeitsentwicklung erhoben wird.

Ein vertretbarer kosmopolitischer und emanzipativer Standpunkt mäßigt die Achtung vor dem Unterschied durch die Achtung vor dem realen Menschen.

Paul

Eine Erwiderung auf den Artikel „Rassismus als Bedingung von Kapitalismus“

von E.K.v.B

Die in besagtem Artikel von *Amo books* vertretene Position, Rassismus sei die Bedingung für Kapitalismus, ist sehr verkürzt und lässt einiges außer Acht. Verwiesen sei hier auf die mit der Industrialisierung einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen.

Der Rassismus, der in dem Artikel angesprochen wird, ist die spezifische Form des Kolonialismus Europas, welcher primär auf die wirtschaftliche Ausbeutung der kolonialisierten Gebiete abhebt. Ohne Frage wurde, als quasi Selbstlegitimation der Kolonialmächte, Rassismus „wissenschaftlich“ begründet – so legitimierte man Herrschaft. Er wurde im weiteren Verlauf aber auch widerlegt.

Ein Manko ist meines Erachtens, dass in dem Artikel nicht beschrieben wird, wie und warum sich Rassismus derart durchgesetzt hat und (trotz Widerlegung) zu einem immer noch weit verbreiteten Ressentiment wurde.

Kapitalismus als Voraussetzung

Um zu begreifen, wieso Menschen rassistisch denken und handeln, muss man sich erst einmal die Grundlage für solche Denkformen anschauen. Diese ist offenbar die kapitalistische Gesellschaft.

Die heutige Weltsituation stellt sich als schrecklich dar: Ein großer Teil der Weltbevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, hat nicht genug Essen und Wasser und auch kein Geld, um Nahrungsmittel zu erwerben. Heutzutage bekommt man nicht etwas zu essen, wenn man Hunger oder Durst hat, sondern nur, wenn man Geld dafür bezahlt. Die Wirtschaft ist also nicht darauf ausgerichtet, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern mit den Produkten Geld zu verdienen. Das macht auch deutlich, dass die Gesellschaft nicht bewusst von Menschen gestaltet wird, sondern vielmehr für einen Markt produziert wird, der dem Prinzip des Profitstrebens (aus Geld mehr Geld zu machen) gehorcht und dadurch den Produzenten und den Käufer nicht direkt in ein Verhältnis zueinander treten lässt. Die schwankenden Aktienkurse, Preise und Löhne entscheiden über den Lebensstandard vieler Einzelner, können aber nur sehr begrenzt beeinflusst werden. Ebenso wenig wird vom einzelnen Produzenten nach Lust und Laune über den Einsatz neuer Technologien entschieden, sondern die Konkurrenz macht ihn notwendig.

Entscheidend folgt der aktuelle Rassismus einem bestimmten Denkschema: Die Arbeitsplätze sind aufgrund der betriebswirtschaftlichen Rationalität – dem Kosten sparenden Einsatz von Maschinen plus Entlassung der nicht länger benötigten Arbeitskräfte – knapper geworden. Diese arbeitseinsparende Technik ist menschlich gesehen eigentlich gut: ist doch weniger Anstrengung erforderlich, um ein Produkt herzustellen; und sie ist kapitalistisch notwendig, damit Unternehmen durch niedrigere Preise nicht in der Konkurrenz versinken. Die Arbeitenden fürchten nun um den Verlust ihrer Arbeitsplätze und die Jobsuchenden wollen einen bekommen, schaffen es aber nicht, weil sie vielleicht minder qualifiziert sind und ihre Arbeitskraft daher nicht gebraucht

wird. Nun wird sich nicht über die Gesellschaft bewusst der Kopf zerbrochen, d.h. darüber reflektiert, welche Stellung die eigene Person in der Gesellschaft inne hat, sondern darüber, wer schuld sein könnte, dass man seinen Arbeitsplatz verloren hat, oder keinen bekommt. Schuldig sind dann genau die, welche von dem_ der Arbeitgeber_in aufgrund des Konkurrenzverhältnisses von Firmen billiger eingestellt werden und manchmal sind dies die so genannten Ausländer. Gesehen wird nicht, dass die Gesetzmäßigkeit des Marktes Firmen dazu zwingt, möglichst billig zu produzieren, um Profit zu erwirtschaften – sondern die Fremden sind schuld, die es den Beheimateten nicht gestatten, ihre Arbeit zu verrichten. Die angenommene Minderwertigkeit bei als rassistisch anders definierten entspringt beim rassistisch Denkenden aus der Berufung auf die eigene „Höherwertigkeit“. „Ich bin besser als der andere, und deswegen steht eigentlich mir der Arbeitsplatz zu.“

Den Rassifizierten wird ein unveränderliches Wesen angedichtet, das auf genetischen Voraussetzungen beruht, und das sie nicht dazu befähigt, so zu arbeiten, wie es von ‚Zivilisierten‘ erwartet werden könne.

Man kann also aufzeigen, dass im Kapitalismus Denkformen wie Rassismus, denen die meisten Menschen – auf Grund der fehlenden Reflexion über Gesellschaft – anhängen, zwangsweise notwendig sind. Will sich also ein_e Bürger_in als konkurrenzfähige Arbeitskraft behaupten, so tut er_sie dies, indem er_sie sich aufwertet, sich als potentielle „Immer-Arbeiter_in“ hinstellt und sich dadurch nach unten abgrenzt; die als „minderwertig“ geltenden sind nun mit rassistischen Ressentiments belegt, derer sie sich nicht entledigen können, da sie der_die Rassist_in als ihre genetisch festgelegte Natur erscheinen.

Das heißt aber andersherum nicht, dass jeder einzelne Mensch dementsprechend denken muss.

Wechselrahmung

Ein für mich in dem Artikel unhaltbarer Fauxpas, besser: Fehler, ist aber der Umgang mit dem „Holocaust-Begriff“.

Berücksichtigt man einmal die Theorien zu kollektivem Gedächtnis (Assmann/Halbwachs sowie H. Welzer) und insbesondere die Erfahrungen um die Auseinandersetzungen unterschiedlicher („Opfer“-) Gruppen, wer nun das größte Opfer ist, wird man feststellen, dass der Begriff „Holocaust“ sehr gern genutzt wird, um das Leiden der eigenen Gruppe als besonders schlimm darzustellen. Vielleicht erinnert man sich an Begriffe wie „holocaust on your plate“, „Hühner-KZ’s“ (beides Peta) oder auch „Bomben-Holocaust“ (in Dresden). Die Wirkung, auf die abgezielt wird, ist eben der Vergleich, „uns geht/ging es genauso schlimm“. Im Bewusstsein oder auch im Unbewussten, auch über die mediale Vermittlung der Geschichte hervorgerufen, scheint der Zusammenhang zu bestehen, dass „Holocaust“ (dann noch der „German“) besonders schlimm war. Um überhaupt erhört zu werden und das eigene

Leid entsprechend zu betonen, wird auf ein „genauso schlimm“ oder „noch schlimmer“ weil... (man denke sich was aus) abgezielt.

Ein illustres Beispiel ist die Geschichte um die Vertriebenen. Sie bedienen sich der „Wechselrahmung“ recht exzessiv (insbesondere in den Knopp'schen Machwerken). Die Flüchtlingstreks der Neusiedler und Adolfs 5. Kolonne, werden als Todesmärsche bezeichnet, den Begriff „Bombenholocaust“ gibt es auf Demonstrationen, von Exodus ist die Rede, von Deportationen. Diese Begriffe sind untrennbar mit dem kollektiven Bilder-Gedächtnis verbunden und rufen in erster Linie Erinnerungen an Bilder des Holocaust wach. Schon hat das mit der Relativierung zugeschlagen – die historische Singularität der Shoa ist erfolgreich aufgelöst. Genannte Bilder werden durch die Neubesetzung der Begriffe durch die einzelnen Interessengruppen wachgerufen, um sie mit eigenen Bildern zu überdecken (z.B. denen aus Knopp's „Flucht und Vertreibung“). Eben dies wird von Welzer als „Wechselrahmung“ bezeichnet. Der Rahmen der Bilder, die im Gedächtnis verankert sind, wird einfach ausgewechselt. Nur so erklärt sich für mich, die Verwendung des Begriffes „Holocaust“ im Kontext des angesprochenen Artikels.

Mir geht es aber nicht darum, das durch die deutsche Kolonialpolitik verursachte Leiden zu nivellieren. Weder in Afrika, noch sonst irgendwo. Ohne Frage ist eine öffentliche oder besser überhaupt eine kritische Aufarbeitung notwendig. Die erhoffte Wirkungsweise und die damit verbundene Holocaust-Relativierung ist das unhaltbare Problem.

Auch wenn der Begriff im Englischen inflationär gebraucht wird, die ersten Bilder, die im kollektiven Gedächtnis bei dem Begriff „Holocaust“ hervorgerufen werden sind zweifellos die der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager, Massenerschießungen, Ghettos und Gaskammern des Nationalsozialistischen Deutschland. Auch zielt der Begriff „Holocaust“ auch dort m.E. auf den Vergleich mit der „deutschen Tat“ ab. Die internationale Dimension macht es nicht besser, sondern eher bedenklicher.

Es gilt nach wie vor: „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Marx; MEW 1; S.385)

und eben auch: „Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts ähnliches geschehe.“ (Adorno; Negative Dialektik; S. 358)



Letzteres wird aber durch die ständigen Vergleiche unterlaufen. Dieses ständige Gleichsetzen ist immer falsch, da es das Besondere an der Shoa negiert: die Vernichtung von Menschen um der Vernichtung Willen und den damit zusammenhängenden antisemitischen Wahn, der durchaus immer noch sehr weit verbreitet ist. Das geschieht durch die Überdeckung der Erinnerung an die Shoa und ihre bisherige Singularität mit immer neuen Bildern (z.B. „the holocaust on your plate“).

Enteignung der Juden von ihrer Vergangenheit

In einer Rezension zu „Opa war kein Nazi“ von Fabian Kettner heißt es: „Mehr und mehr wird die „Wechselrahmung“ angewandt, d.h. „Merkmale, die Bildern und Geschichten zum Holocaust entstammen“, werden in die Erzählungen eingebaut, um das Leiden der Vorfahren zu illustrieren. Dies ist sicherlich auch auf das über die Massenmedien extensivere wie intensivere Einsickern medialer Vorgaben in das Bewusstsein und Unbewusstsein zurückzuführen, die regelrechte „retroaktive Skripts“ liefern. Aber über das, was deutsch ist, schweigen Welzer und andere sich aus. Darin sollte man vor Allem die Enteignung der Juden von ihrer Vergangenheit sehen, die Entlastung von den eigenen Verbrechen, eine Fortsetzung der Erzählung, die Deutschen seien die eigentlichen und immer noch Opfer des NS und die eigentlichen Juden gewesen.“¹

Dass ich *Amo books* nicht „...die Entlastung von den eigenen Verbrechen, eine Fortsetzung der Erzählung, die Deutschen seien die eigentlichen und immer noch Opfer des NS...“ unterstelle, sondern einzig und allein die implizite „...Enteignung der Juden von ihrer Vergangenheit...“ und „...die eigentlichen Juden gewesen...“ (ebd.) sein zu wollen, sollte sich herausgestellt haben. *Amo books* machen das, was viel zu viele machen. Die Geschichte des Leids der eigenen Gruppe durch die Schablone des Holocaust als besonders schlimm darzustellen. Genauso wie Vertriebene, einige TierschützerInnen (Peta), gute Deutsche usw. usf. es eben auch tun.

Es ist nicht nur missverständlich, sondern einzig Shoa-relativierend.

¹ www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Kettner_Welzer-Rez.pdf

Weiterlesen:

Die Diskussion zum Ausganstext und zu dieser Erwiderung wird im nächsten Heft fortgeführt. Beteiligung an der Diskussion ist erwünscht

StudentInnen bewegung im Iran

Die StudentInnenbewegung im Iran hat eine über 50-jährige Tradition, die schon immer weit über den Horizont universitärer Politik hinausreichte.

Von FATHIYEH NAGHIBZADEH UND ANDREAS BENL

Die StudentInnenbewegung im Iran hat eine über 50-jährige Tradition, die schon immer weit über den Horizont universitärer Politik hinausreichte. Unter der Regierung Mossadegh engagierten sich die Studierenden Anfang der 50er Jahre für die Bewegung zur Verstaatlichung der iranischen Ölquellen. Nach dem Putsch gegen Mossadegh und der Machtübernahme durch Mohammed Reza Schah agierten die StudentInnen im Untergrund und im Ausland äußerst effektiv gegen die Diktatur des Schah. Man erinnere sich nur daran, dass die Radikalisierung der gesellschaftlichen Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik begann, nachdem Benno Ohnesorg auf einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des Schah in Berlin 1967 von einem deutschen Polizisten erschossen wurde. Es waren Studierende der iranischen StudentInnenunion CISNU, die ihre deutschen KommilitonInnen über die Situation im Iran informiert hatten.

Universitäten unter islamistischer Diktatur

Nach dem Sturz des Schah im Jahre 1979 und der Etablierung der islamistischen Diktatur im Iran wurden die Universitäten erneut zum Focus des Widerstands. Das Regime reagierte mit aller Härte. Tausende von StudentInnen und DozentInnen wurden verhaftet, gefoltert und hingerichtet. Nachdem alle Versuche, die Lage an den Universitäten im Sinne des Regimes mit Gewalt unter Kontrolle zu bekommen, gescheitert waren, schlossen die Mullahs die Universitäten für mehrere Jahre. An

den wiedereröffneten Universitäten wurden nur noch Khomeinianhänger zugelassen, in den Klassen islamische Komitees zur Kontrolle und Überwachung gebildet. Damit gelang es dem Regime über ein Jahrzehnt lang, an den Universitäten Friedhofsruhe herzustellen.

Formale Zugeständnisse der Reformisten stärken unverhofft den Widerstand

Eine gewaltige Wirtschaftskrise und die daraus resultierende explodierende Unzufriedenheit bedrohten in den 90er Jahren die Herrschaft der Mullahs. Vor diesem Hintergrund erfand sich im Iran die Regimefraktion der sogenannten Reformen. Um sich gegen die etablierten sogenannten Konservativen durchzusetzen, versuchten die Reformen, die Wut der Bevölkerung zu kanalisieren und versprachen mehr Freiheiten und grundsätzliche Änderungen im Staatssystem der Islamischen Republik Iran. Der Wächterrath, der kontrolliert, wer sich im Iran überhaupt zur Wahl stellen darf, ließ in dieser Situation die Kandidatur der Reformisten zu. (Man muß dazu wissen, dass laut dem Grundgesetz der Islamischen Republik Iran nur Angehörige des schiitischen Islam und nur Männer überhaupt für das Amt des Präsidenten kandidieren können.) 20 Millionen Iraner wählten daraufhin den Kandidaten der Reformisten, Mohammad Khatami. Vor allem Frauen und Jugendliche versprachen

sich von ihm eine Besserung ihrer unerträglichen Lage.

Khatami hatte jedoch niemals vor, die Herrschaft der Mullahs im Gottesstaat Iran anzutasten. Seine Wahl setzte aber eine unvorhergesehene Dynamik in Gang. Die minimalen Zugeständnisse, die das Regime machen mußte, führten nicht zu einer Beruhigung der Lage, sondern animierten Regimekritiker zu immer radikaleren Forderungen. Auch hier meldeten sich die StudentInnen wieder vehement zu Wort. In der Nacht zum 9. Juli 1999 hatten Studierende in Teheran friedlich gegen die Schließung einer Zeitung der Reformisten und allgemein gegen die Zensur demonstriert. Um vier Uhr morgens, als sie längst in ihre Wohnheime zurückgekehrt waren, griffen Polizisten und Angehörige der paramilitärischen Hisbollah die StudentInnen mit Schusswaffen, Messern und Knüppeln an. Daraufhin kam es über mehrere Tage zu massiven Protesten auf den Straßen Teherans, in denen sich die Bevölkerung mit den Studentinnen und Studenten solidarisierte. Khatami gab schließlich grünes Licht zur gewaltsamen Zerschlagung der Proteste. Nach amtlichen Angaben wurden 1600 StudentInnen verhaftet, darunter Ahmad Batebi, dessen Foto um die Welt ging, als er das blutige T-Shirt eines angeschossenen Freundes in die Pressekameras hielt. Er konnte erst letztes Jahr aus dem Iran fliehen. Die Anführer der Bewegung wurden verhaftet oder umgebracht. Das war das Ende des vermeintlichen Reformprozesses. Niemand im Iran glaubt seitdem noch an eine Reformierbarkeit der islamistischen Diktatur. Lediglich die ApologetInnen des Regimes im Ausland, vor allem in Deutschland und Europa, beharren auf dieser Lüge.

Der 18. Tir (9. Juli) wurde seitdem zum nationalen Protesttag gegen die islamische Republik. Jedes Jahr demonstrieren StudentInnen an diesem Datum an den Universitäten gegen das Regime.

Zurück zum Ursprung?

Die Ernennung Ahmadinejads zum Präsidenten nach den üblichen manipulierten Wahlen markierte im Jahr 2005 eine neue Ära. Das Regime unter dem Vorsitz des höchsten religiösen Führers Ali Khamenei hatte beschlossen, jede ‚Reform‘-Kosmetik abzulegen und zu den blutigen Ursprüngen der ‚Islamischen Revolution‘ zurückzukehren. An den Universitäten wurden Professoren und Rektoren ausgewechselt, die als untauglich für die Verschärfung der Repression angesehen wurden.

Doch auch dieser neue Kurs hatte nicht den gewünschten Effekt. Stattdessen stärkte er das Bewußtsein unter den Studierenden, dass sie alleine keine Chance gegen das Regime haben und sich mit anderen gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen verbünden müssen. StudentInnen unterstützten beispielsweise den Streik der Busfahrer in Teheran im Frühjahr 2006.

Für das Regime blieben die Universitäten ein unkontrollierbarer Ort, Besuche von Regime-Funktionären wie Ahmadinejad oder Ali Larijani an den Universitäten waren immer wieder Anlass für Demonstrationen.

Die Tatsache dieser Proteste halten die westlichen ApologetInnen dem Regime zugute. Die islamische Republik sei „weder eine reine Diktatur, noch ein

totalitärer Polizeistaat“ schreibt z.B. der Politikberater Christoph Bertram, ehemaliger Leiter der „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Und sprechen nicht die vielfältigen Proteste gegen das Regime für einen gewissen Pluralismus des Systems?

Tatsächlich ist der religiöse Faschismus im Iran, dessen Führer als Stellvertreter Gottes auf Erden auftreten, nicht mit einer traditionellen (Militär-)Diktatur vergleichbar. Der Grund dafür, dass im Iran nicht jeder Protest sofort zusammengeschossen wird, liegt jedoch in der Instabilität des Regimes, nicht in seiner souveränen Machtvollkommenheit oder seiner Liberalität begründet. Das Regime kann es sich schlicht und einfach nicht leisten, seine Fußtruppen tagtäglich einer Probe ihrer Loyalität auf Leben und Tod auszusetzen. Es ist effektiver, politische Gegner nach Abflauen der Proteste zu verhaften, zu foltern und zu ermorden.

Der Staatsname „Islamische Republik“ ist ein Widerspruch in sich – ein Gottesstaat legitimiert sich durch Gott, nicht durch die Bevölkerung. Die Islamisten wählten diesen Namen jedoch, um sich in dem kurz nach der Revolution durchgepeitschten Referendum eine Mehrheit zu sichern. Zur Auswahl stand nach dem Sturz der Monarchie ausschließlich ein Ja oder Nein zur Islamischen Republik Iran.

Das komplizierte System der Islamischen Republik ist Ausdruck des Versuchs einer religiös-totalitären Clique, der iranischen Gesellschaft ihren Islamismus aufzuzwingen. Die sogenannten Wahlen sollen dem Regime einerseits eine plebiszitäre Legitimation verschaffen. Vor allem aber dienen sie der internen Schlichtung der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Gangsterbanden des Regimes, die enorme Reichtümer aufgehäuft haben und sich in verschiedenen Fraktionen organisieren. Interne Konflikte des Systems werden durch das letzte Wort des religiösen Führers einerseits, durch die Siebung der Wahlkandidaten durch den Wächterrat andererseits in Zaum gehalten.

Auch der hohe Anteil von Studentinnen an den iranischen Universitäten ist Ausdruck der Zwickmühle, in der das Regime steckt. Einerseits brauchen die Islamisten qualifiziertes weibliches Personal, um die Geschlechtertrennung in allen Gesellschaftsbereichen – zum Beispiel im Krankenhaus oder in der polizeilichen Repression – durchzusetzen. Andererseits werden die Frauen an den Universitäten selbst zur Gefahr für die Aufrechterhaltung der Geschlechterapartheid. Erst kürzlich mußte das Regime aufgrund von Protesten den Versuch zurücknehmen, an den Universitätsbibliotheken eine strikte Geschlechtertrennung durchzusetzen.

Seit Anfang dieses Jahres wurden wieder Dutzende von Studenten verhaftet, etliche von ihnen sitzen immer noch in Haft – ohne Anklage und ohne das Recht, Anwälte oder Familienangehörige zu kontaktieren. Vor dem oben beschriebenen Hintergrund bedeutet die Isolationshaft eine unmittelbare Bedrohung für ihr Leben. *Amnesty International* und die *Europäische Studentenu-nion* haben ihre Namen dokumentiert und fordern ihre sofortige Freilassung.

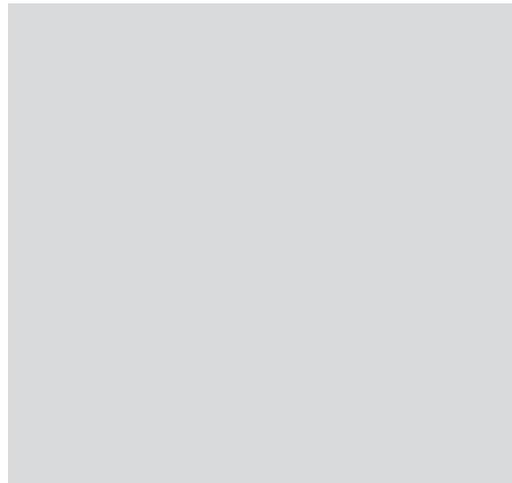
Weiterführende Links und Texte:

- Bilder von den Demonstrationen und Repressionen 1999:
<http://www.youtube.com/watch?v=sT1tBF2h3c4&feature=related>
<http://www.youtube.com/user/daeemohsen2003>
- Dec 6, 2006 Iranian student anti-regime demonstrations:
<http://www.youtube.com/watch?v=HupfE5rV4HE&feature=related>
- Students Curse Ahmadinejad During Larijani Speech:
http://www.youtube.com/watch?v=EquYqdDr_s4
- Ali Schirasi: Präsidentschaftswahlen im Iran. Klare Ausflüchte auf klare Fragen:
<http://alischirasi.blogspot.de/2009/05/05/praesidentschaftswahlen-im-iran-klare-ausfluechte-auf-klare-fragen/>
- Iranian students facing a tide of repression and human rights abuses:
<http://esu-online.org/index.php/News/press-releases/515-iranian-students-facing-a-tide-of-repression-and-human-rights-abuses>
- Ahmad Batebi: Torture In Iran, Fernsehinterview:
<http://www.cbsnews.com/video/watch/?id=4920609n>
- Ein besonders bezeichnendes Dokument des militant repressiven Charakters der Geschlechtertrennung im Iran ist der Aufsatz „Polizistinnen in der Islamischen Republik Iran“ auf der Website der iranischen Botschaft in Deutschland,
<http://www.iranembassy.de/ger/irwopol.htm>

Persepolis

Eine Stadt in Aufruhr

Marjane Satrapis zweibändiger Comic ‚Persepolis‘ erzählt im von Art Spiegelmans ‚Maus‘ inspiriertem Stil die Geschichte des Mädchens Marji, die zwischen Islamistischer Diktatur und dem enttäuschten Glaube an das westliche Freiheitsideal zu zerreißen droht. Von ANETT ZEIDLER



pi in einer anschaulichen, kritischen, humorvollen und dadurch umso mehr eindringlichen Weise, wie sich die erhoffte Befreiung durch den Sturz des Schah-Regimes und die Machtübernahme der Islamisten besonders auf Frauen in umgekehrter Weise auswirkte: Marji, ein elfjähriges Mädchen aus einem prowestlichen, linken, intellektuellen Elternhaus, erfährt am eigenen Körper die strengen Bekleidungs Vorschriften sowie geschlechtergetrennten Unterricht und muss feststellen, dass Freund_innen und Verwandte gefoltert werden und in andere Länder flüchten.

Das zweibändige Comic erzählt dabei nicht von einer Übernahme des klischeehaften Bildes *der* islamischen Frau, sondern zeigt die innere sowie äußere Zerrissenheit und Rebellion der Mädchen und Frauen. So wird jedes noch so kleine Detail, jede noch so kleine Haarsträhne zum Zeichen des Widerstandes, von dem die Menschen in Wien nur herzlich wenig verstehen. Marji wird in Folge des Kriegausbruchs zwischen Iran und Irak im Jahre 1984 von ihren Eltern nach Österreich geschickt, um ihr ein Leben in Sicherheit und „Freiheit“ zu gewähren. Zwar darf hier jede_r „We’re the kids in America“ von Kim Wilde hören, doch bekommt sie auch hier die Grenzen dieser Freiheit zu spüren. Die politischen Themen ihres Heimatlandes betreffend findet sie nur begrenzten Gesprächsanschluss und wird darüber hinaus mit rassistischen Stigmata konfrontiert. Nach vier Jahren kehrt Marji aus dem Exil zurück und lebt sich nur schwer in der ihr fremd gewordenen Stadt Teheran ein.

Wie einst das Feuer in der Stadt Persepolis erlosch, so auch der Wunsch Marjis ihre Rebellion durch das Tragen von Nike-Schuhen und Jeansjacken nach Außen zu tragen. Was kein Schleier verdeckt ist der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben.

Der erste Band erschien 2001 in französischer Sprache. Heute sind alle zwei Bände weltweit in 25 Sprachen übersetzt worden.

Persepolis – Der Film

Die HUCh! lädt herzlich zu einer Vorführung des Filmes zum Comic ein! Die ‚Verfilmungen sind immer enttäuschend‘-Fraktion sei beruhigt: Die Regisseurin dieses Filmes ist die Autorin des Comics, Marjane Satrapi. Die Comic-Verfilmung wird in englischer Sprache und mit englischen Untertiteln zu sehen/hören sein.

Ort: Café Krähenfuss im Ostflügel des Hauptgebäudes
Zeit: 04.06 um 18.30 Uhr

Dareios I. hat einen Traum: Persepolis. Nicht nur die Fundamente der Hauptstadt des antiken Perserreiches, die frei von Sklaverei erbaut worden sein sollen, waren für die Vision des Großkönigs, von einem nach Gleichberechtigung strebenden Vielvölkerstaats, grundlegend. Die Geschichte der Menschen aus 28 Völkern, die in Persepolis gelebt haben sollen, steht in den von Steinmetzen in Mauern und Dächern eingemeißelten Reliefdarstellungen geschrieben. Noch heute ragen zwanzig Meter hohe Marmorsäulen empor. Die Tat des König Xerxes I., der nach Dareios' Tod den Thron übernahm und in seiner Zeit die Akropolis in Athen in Brand setzte, sollte sich 330 v. Chr. rechnen. Alexander der Große vereinnahmte die Palaststadt und setzte sie in Brand. Im Jahr 1979 wurden die Ruinen der Stadt Persepolis zum Unesco-Weltkulturerbe erklärt.

Im gleichen Jahr sollte die Islamische Revolution die Monarchie des Schah Mohammad Reza Pahlavi beenden. In dem nach der Stadt benannten Comic Persepolis erzählt die Autorin und Comiczeichnerin Marjane Satra-

Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- **Anschrift** HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin. huch@refrat.hu-berlin.de www.refrat.de/huch
- **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASTA).
- **Redaktion** Katharina Paar, Nelo Locke, Tobias Becker (V.i.S.d.P.), Anett Zeidler, Daniél Kretschmar **Layout** Tobi **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 61 ist der 07. Juni 2009

Kein Jesus von Winnenden

Der tote Amokläufer erzählt keine Geschichten mehr. Die Gesellschaft, die ihn hervorgebracht hat, umso mehr. Von DANIEL KRETSCHMAR

Tim war nicht in psychiatrischer Behandlung“, sagen die Eltern des Amokläufers von Winnenden und man möchte antworten, dass das doch sehr bedauerlich ist. Denn dass bei ihrem Sohn eine ganz veritable Schraube locker gewesen sein muss, ist so ziemlich das einzige, was sich mit Sicherheit über ihn sagen lässt. Die dünne Informationslage ist das Kernproblem in der Berichterstattung zu derartigen Tötungsverbrechen: Der Täter kann zu seinen Motiven nicht mehr befragt werden, und da die Schlagzeile „Irrer nietet 15 Menschen um“ allein keine ganze Zeitungsseite füllt, muss über Tathergang und vor allem die Vorgeschichte derart exzessiv spekuliert werden, dass es noch Karl May die Schamesröte ins Gesicht triebe. Einer der wenigen vernünftigen Experten dabei ist der Bremer Erziehungswissenschaftler Freerk Huiskens (www.fhuiskens.de), der schon 2002 nach dem Erfurter Amoklauf darauf hinwies, dass die Anerkennungskonkurrenz im Bildungssystem einen extrem hohen Druck auf die Schülerinnen und Schüler ausübe und als systematisch angewandtes Erziehungs- und Selektionsmittel natürlich auch zu einer Brutalisierung der Umgangsformen beitrage. Insofern sei eher das seltene Auftreten extremer Gewaltexzesse verwunderlich, nicht die Tatsache ihrer Existenz. An dieser These ließe sich zwar bemängeln, dass sie dem konkreten Täter einen unzulässig großen Teil der Verantwortung für das Verbrechen abnimmt; dass Huiskens Beschreibung der äußeren Umstände, in denen Menschen „aus-ticken“, jedoch absolut korrekt ist, bleibt von dieser Kritik unberührt. „Wertvoll“ ist das Individuum eben nur, wenn es „stark“, „erfolgreich“, „durchsetzungsfähig“ und in gewissem Maße auch „rücksichtslos“ ist – lauter kleine Amokläufer also, wenn auch für gewöhnlich ohne Beretta im Nachtschränken.

Instinktiv bemerken auch Politprofis und Nachrichtenredaktionen diese Schnittmenge zwischen gewünschtem Sozialverhalten und seinem mörderischen Ausbruch. Während sie angesichts der noch warmen Leichen betroffen tun, werfen sie bereits die Vernebelungsmaschine an, mit der sie sich selbst und ihre Kundenschaft (Wahlvolk und AbonnentInnen) vor unbequemen Einsichten schützen. Da wird zum Beispiel über das „Doppelleben“ des Amokläufers gemutmaßt, und dabei der Blick auf das Offensichtliche verstellt: Der unauffällige, freundliche junge Mann hatte gar keine furchtbare zweite Identität. Der er war, war er bis zur letzten Sekunde, als er die Waffe auf sich selbst richtete – einer von „uns“. Was das über das Wesen des spätbürgerlichen Individuums aussagt, ist vielleicht nicht ganz leicht zu verdauen; aber das Leben ist nun mal kein Ponyhof. Schauen wir der Wahrheit ins Gesicht: Wir sind ein riesiges Wolfsrudel, gleichzeitig barbarisiert und notdürftig zivilisiert mit dem Versprechen, bei guter Führung (d.h. Präsentation der als „wertvoll“ eingestuften Persönlichkeitsmerkmale) auf den Schultern der Schwächeren in die Leitungsebene aufsteigen zu können.

Die vom Extremen ausgeübte und massenmedial bediente Faszination beruht auf dem Missverständnis,

der Verbrecher stünde außerhalb der Gesellschaft und bedürfe daher einer besonderen Durchleuchtung. Es wird im Amokläufer das Fremde gesucht, weil das Eigene so aufdringlich präsent ist: nicht der Gedanke, „es denen mal so richtig zu zeigen“ und mit einem großen Knall zu gehen, unterscheidet den Amokläufer von uns, sondern die tatsächliche Umsetzung dieses gar nicht so seltenen Tagtraumes. Der Unterschied zwischen Zivilisation und der barbarischen Tat besteht lediglich in der rationalen Entscheidung, den gesellschaftlichen Normen zu folgen, d.h. die eigene soziale Stellung hinzunehmen und diese ausschließlich mit den allgemein akzeptierten Methoden der Anerkennungskonkurrenz zu verbessern. Dass wir die dieser Unterwerfung unter die Normen innewohnende Ohnmacht so gerne verdrängen, erschwert es, bewusst zu erkennen, dass auch der Amokläufer zwar selber, aber keineswegs selbstbestimmt handelt, verantwortlich für seine Taten, aber nicht Herr über sich selbst. Die Idee, dass z.B. ein Suizid, ob apokalyptisch wie in Winnenden oder ganz brav an einem Ast im Wald, die Unfreiheit beenden würde, leuchtet nicht ein. Tote sind nicht frei, sondern in allererster Linie tot. Ceterum censeo: Der Amokläufer bleibt einer von uns. Wie wir ist er unfähig, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen – er wirft es einfach weg.

Deshalb ist es vor allem die unterstellte Nutzlosigkeit des Amoklaufes, die die Gesellschaft vor ein Rätsel stellt. „Warum?“, steht gerne auf den rührenden handge-

Nicht der Gedanke, „es denen mal so richtig zu zeigen“, unterscheidet den Amokläufer von uns, sondern die tatsächliche Umsetzung dieses gar nicht so seltenen Tagtraumes

malten Karten, die sich zwischen Kerzen und Blumen an den Tatorten finden. Die Antworten lassen nicht auf sich warten:

Killerspiele, Fernsehen und Internet werden als Ursachen bemüht. Dabei wird verkannt, dass der kausale Zusammenhang zwar durchaus besteht, nur genau umgekehrt. Begreifen wir Medien, öffentlich praktizierte Politik, Musik und auch Computerspiele als einen Komplex, den der Unterhaltungsindustrie nämlich, wird das leichter verständlich. Der Amokläufer ist nicht von Produkten dieser Industrie zu seiner Tat angestachelt worden, im Gegenteil: Er ist es, der den permanenten Hunger der Unterhaltungsbranche nach content befriedigt. Eine ganz aparte Komplizenschaft wird offenbar: Wenn der Amokläufer sich einmal im Leben einen Namen machen wollte und unsterblichen Ruhm anstrebte, dann sind die Medienmaschine und ihr Publikum fleißige Erfüllungsgehilfen. Wie soll es auch anders sein, wird jede Nachricht doch auf ihr Vermarktungspotential, d.h. ihren Unterhaltungswert hin überprüft. Es ist kein Zufall, dass in den Tagen nach Winnenden nur ein anderer Vorgang den Weg auf die Titelseiten fand: der Fritzl-Prozess. Auf diesen Ruhm in der Unterhaltungsindustrie zu spekulieren, ist ungefähr so irre wie die Teilnahme an einer Castingshow, „nur“ mit sehr viel tragischeren Folgen. Einer der klassischen Fälle, in denen dieser Mechanismus bewusst benutzt wurde, war übrigens der von Mark David Chapman, der mit John Lennon aber immerhin nur ein Leben für die eigene Unsterblichkeit geopfert hat. War nicht alles schlecht, früher.

Zum Text:

Zuerst erschienen im HATE MAGAZIN
<http://hate-mag.com>

Zum Thema:

Tim K. erschoss 11 Mädchen. Über 90% aller Amokläufer sind männliche Jugendliche. Die sexistische Dimension von Amokläufen thematisiert der Artikel „Alphamännchen werden“:
[HTTP://JUNGLE-WORLD.COM/ARTIKEL/2009/15/33913.HTML](http://jungle-world.com/artikel/2009/15/33913.html)

Zuschuss zum Semesterticket Hier gibt's Geld!

Alle Studierenden der Humboldt-Universität können einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag (bis zu 165 €) entschieden. Die Bewilligung deines Antrages ermöglicht dir die Rückerstattung der Kosten für Sprachkurse des Sprachenzentrums der Humboldt-Universität.

Antragsfrist für das Wintersemester: 01.06.09 - 31.07. 2009

[Neuimmatrikulierte haben 6 Wochen nach ihrer Einschreibung Zeit einen Antrag zu stellen.]

Nähere Informationen und die Antragsformulare gibt es im Semesterticketbüro oder im Netz unter www.refrat.de/semnix.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Campus Mitte:
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Hauptgebäude
Raum 1042
Tel.: 2093-2082
Fax: 2093-2092

semnix@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/semnix

Campus Adlershof

RUD 25 Haus 2
Tel.: 2093-5476

nur zu den Antragsfristen geöffnet



Subsidy for Semesterticket financial help is available here!

Every student at Humboldt-University can apply for subsidy for the Semesterticket. Due to your social and financial situation we grant a subsidy up to the total semesterticket sum: 165 €! The allowance of your application also supplies you with the possibility to reduce fees for classes at the Humboldt-University language center.

Application period winter 09/10: 01.06.09 - 31.07. 2009

[Newly registered students can apply until 6 weeks after their admission]

You can get more information and the application form at the Semesterticketbureau or on www.refrat.de/semnix.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Campus Mitte:
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Hauptgebäude
Raum 1042

Tel.: 2093-2082
Fax: 2093-2092

semnix@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/semnix

Campus Adlershof
Rudower Chaussee 25

RUD 25 Haus 2
Raum 324

Tel.: 2093-5476

nur zu den Antragsfristen geöffnet



WORLD CAFÉ – bei Kaffee und Kuchen über Alternativen zur herrschenden Bildungspolitik plaudern?

Am 11. Juni von 12 Uhr bis 16 Uhr findet im Innenhof des HU-Hauptgebäudes ein WORLD CAFÉ statt, das Raum für Diskussionen über bildungs- und hegemonie/herrschaftskritische Ansätze sowie (selbst-)kritische Reflexionen über herrschende Gesellschaftsverhältnisse und Bildungspolitiken bietet.

Das WORLD CAFÉ findet dezentral an verschiedenen Café-Tischen statt, an denen neben deinen Mitstudierenden eine Menge Aktivist_innen aus verschiedenen bildungspolitischen Bereichen sitzen. Ihr könnt beispielsweise die Aktivist_innen zu deren bildungspolitischer Praxis befragen, Erfahrungen untereinander austauschen oder gemeinsam über Bildungs- und Herrschaftskritik als auch über Gründe des Bildungsprotests/streiks diskutieren. Damit es nicht langweilig wird, wechselt nach einer bestimmten Zeit die Zusammensetzung der Tische.

Auf viel Zuspruch freut sich die Gruppe **GRMPF!**

NFJ Seminare

5.-7. Juni 2009

„Stalin hat uns das Herz gebrochen...“
Seminar zu Antisemitismus in der DDR

13.-14. Juni 2009

Der Mensch als Unternehmer seiner selbst:
Einstiegsseminar – Michel Foucault
und der Liberalismus

20. Juni 2009

Der Füllfederhalter der Revolution:
Seminar zu Politischem Schreiben

26.- 28. Juni 2009

„Jetzt sind wir da – ihr könnt wieder nach Hause gehen!“
Rassismus, Kolonialismus und Weißsein
am Beispiel der „Wiedervereinigung“

Infos & Anmeldung jeweils unter:
info@naturfreundejugend-berlin.de

Studentische Sozialberatung an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten

Mittwoch 14–16 Uhr

In den Semesterferien:

Mittwoch 14–16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 16

Tel.: 20 93 - 19 86

Email: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten

Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr

März, August und September:

Mittwoch 10 - 14 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 15

Tel.: 20 93-10 60

E-Mail: beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten

Montags 12 - 15:30 Uhr

Mittwochs 10 - 13:30 Uhr

März, August und September:

Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16

Tel.: 20 93-19 86 Internet: www.refrat.de/soziales/stuki

E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten

Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr

Donnerstag 13:30 - 18 Uhr

März, August und September:

Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6

Tel.: 20 93-10 62 Internet: www.refrat.de/soziales/befas

E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten

Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr

März, August, September:

Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5

Tel.: 20 93-21 45

E-Mail: beratung.enthuenderung@refrat.hu-berlin.de

Internet: www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthuenderung

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten

Mittwoch 18–20 Uhr

In den Semesterferien:

Mittwoch 18–20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 16

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten

Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2

aktuelle Termine: www.refrat.de/lust

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten

Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr

März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5

Tel.: 20 93-21 45 www.refrat.de/soziales/arbeit

E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de

Nach dreieinhalb Jahren Soliarbeit im

NEW YORK IM BETHANIEN

Der antirassistische, antisexistische,
autonome, anarchistische Schockraum

BRAUCHT EXISTENZ SICHERUNG

und hofft auf Eure Groschen. Wir suchen Daueraufträge. Wir für Euch – Ihr für uns!



www.newyork.net